

Wolfsmühle

Anzeigenpreis: Für Anzeigen aus Polnisch-Schlesien je mm 0,12 Zl. für die achtgespaltene Zeile, ausserhalb 0,15 Zl. Anzeigen unter Text 0,60 Zl., von ausserhalb 0,80 Zl. Bei Wiederholungen tarifliche Ermässigung.

Organ der Deutschen Sozialistischen Arbeiterpartei in Polen

Abonnement: Monatlich 1,20 Zloty. — Zu beziehen durch die Hauptgeschäftsstelle Kattowitz, Dworcowa 11, durch die Filiale Königshütte, Kronprinzenstrasse 6, sowie durch die Kolporteurs.

Redaktion und Geschäftsstelle: Kattowitz, Dworcowa 11

Postscheckkonto P.K.O., Filiale Kattowitz, 300174

Fernsprech-Anschluss: Geschäftsstelle sowie Redaktion Nr. 1378

Der Sozialistenkongress tagt!

Gegen Nationalismus — für mehr Marxismus — Um die sozialistische Taktik — Kampf dem Faschismus

Im Beisein von über 150 Delegierten aus den verschiedenen Staaten, trat am Montag vormittags in Paris die internationale sozialistische Konferenz zusammen. Vorher tagte während drei Tagen das Büro und die Exekutive der Sozialistischen Arbeiterinternationale, um zu der Tagesordnung selbst Stellung zu nehmen. Als wichtigster Punkt der Beratungen der Delegierten steht die Frage über Strategie und Taktik der internationalen Arbeiterbewegung in der Zeit der faschistischen Reaktion. Die Konferenz wurde mit einer Ansprache Friedrich Adlers, des Generalsekretärs der SAJ eröffnet, der auf den kritischen Moment hinwies, unter welchem die Delegierten zu den Beratungen zusammentreten. Die sozialistische Bewegung müsse sich dessen bewusst sein, dass es jetzt weniger darauf ankomme, sich in nationalstischen Gedankengängen zu verirren, als darauf sich der marxistischen Aufgaben der Arbeiterbewegung bewusst sein. Ueberall dort, wo man sich lediglich auf die Demokratie berufen habe, ist die sozialistische Bewegung in die Defensive zurückgedrängt worden. Auf die Differenzen in der sozialistischen Partei Frankreichs zurückkommend, erklärte Adler, dass es gefährlich sei, die Spaltung

allein um taktischer Gesichtspunkte wegen zu betreiben, denn man müsse sich den jeweiligen Verhältnissen anpassen, unter denen sozialistische Politik heute möglich sei und darum wird auch jede Partei in jedem Lande ihre eigenen Aufgaben erfassen müssen.

Vandervelde, der nach Adler sprach, kennzeichnete insbesondere den Kampf gegen den deutschen Faschismus und warnte davor, sich dem Glauben hinzugeben, als wenn man durch den Boykott allein Hitler niederringen könnte. Man kann nicht die gesamte Hitlerbewegung als „tolle Hunde“ bezeichnen, sondern müsse den Ursachen der deutschen Niederlage nachgehen. Bei aller Gewalt- und Terroraktion ist der Hitlerismus nicht vom Bestand und es wird der Tag nicht in ferner Zeit kommen, wo die deutsche Arbeiterklasse als Sieger wieder einziehen wird. Nach dem Regime Hitlers gebe es kein Zurück mehr zum demokratisch-liberalen Staat, am Ausgang der heutigen Politik Deutschlands stehe der Sozialismus!

Die Beratungen der SAJ werden etwa fünf Tage in Anspruch nehmen, sollen keine Taktik festlegen, sondern eine Erörterung durchführen über die nächsten Aufgaben der Arbeiterklasse.

Bürger und Despot Das Bündnis gegen die Arbeiter

Von Otto Bauer, Wien.

Die deutsche Bourgeoisie, hat, sehr im Gegensatz zur französischen, zur englischen, zur amerikanischen, Deutschland nie selbst regiert. Sie hat die Regierungsmacht den Fürsten, ihren Bürokraten und Generälen überlassen und deren Macht gestützt.

Erst die Republik, die von der Arbeiterklasse erkämpft worden war, gab der Bourgeoisie die Möglichkeit, selbst die Regierung des Reiches zu übernehmen. Je schwächer die Arbeiterklasse im Verlauf der fünfzehnjährigen Entwicklung der Republik wurde, desto mehr war es den bürgerlichen Parteien möglich, als Sachverwalter der Bourgeoisie die Regierung im Reich und in den Ländern in ihre Vollzugsausschüsse zu verwandeln.

Aber die deutsche Bourgeoisie hatte keine Neigung, selbst das Reich zu beherrschen. Sie konnte es nur in den Formen der Demokratie beherrschen, aber die Demokratie verbürgte der Arbeiterklasse starke einflussreiche Fraktionen in den Parlamenten und starke Gewerkschaften in den Betrieben. Sie konnte es nur in den Formen des Parlamentarismus beherrschen, aber die parlamentarische Regierungsform setzt freie Diskussion, häufige Wahlen, häufige Regierungskrisen voraus. Ihre eigene Herrschaft erschien ihr mit lästigen und gefährlichen Begleiterscheinungen verknüpft, die ihre Privatgeschäfte störten. So zog sie es vor, auf ihre Herrschaft zugunsten einer über den Klassen thronenden Gewalt zu verzichten, die ihr das Proletariat in Gehorsam erhalten, die lästigen Diskussionen, Wahlkämpfe, politische Krisen ersparen, sie mit ihrer Herrschaft befreien sollte. „Sie bewies, dass der Kampf um die Behauptung ihres öffentlichen Interesses, ihres eigenen Klasseninteresses, ihrer politischen Macht, sie als Störung ihres Privatgeschäftes nur belästigte und verstimmte.“ (Marx, 18. Brumaire.)

Die deutsche Schwerindustrie hat die faschistische Bewegung finanziert. Die Massen der deutschen bürgerlichen Wähler sind ihr zugeströmt. Schliesslich haben Junkertum und Schwerindustrie die Uebergabe der Macht an Hitler durchgesetzt. Die Herrschaft ging damit auf die SA. und SS. über, auf die nach militärischem Vorbild organisierte Gewalt, die die deutsche Bourgeoisie zur Niederwerfung des Proletariats benützen wollte.

Die SA. und SS. bestehen aus Offizieren, die mit der Auflösung der kaiserlichen Armee ihre Dienststellen verloren haben, aus Fabrikanten, deren Fabriken stillstehen, aus Kleinbürgern, die nur noch pauperisierte Proletarier sind, aus Söhnen von Bauern, deren Grundeigentum schon ihren Gläubigern gehört, aus Angestellten, für die es keine Anstellung, und aus Arbeitern, für die es keine Arbeit gibt; die neue herrschende Gewalt repräsentiert nicht eine Klasse, sondern die Abfälle aller Klassen.

Und diese neue Gewalt zerschlug nun die freien Organisationen aller Klassen. Sie löste nicht nur die proletarischen, sondern auch die bürgerlichen Parteien auf. Sie verbot nicht nur die proletarische Presse, sondern schaltete auch die bürgerliche Presse gleich. Sie hat nicht nur die Gewerkschaften gleichgeschaltet, sondern auch die Organisationen der Industriellen u. der Intellektuellen. Sie alle wurden ihrer Autonomie beraubt und unter das Kommando von Reichskommissaren gestellt. Eine despotische Staatsgewalt hat sich alle Klassen unterworfen. „Der Kampf scheint so geschichtet, dass alle Klassen gleich machtlos und gleich lautlos vor dem Kolben niederknien.“ (Marx.)

Aber in Wirklichkeit kann die Gewalt nicht über den Klassen schweben. Der Klassengegensatz ist die entscheidende Tatsache der kapitalistischen Gesellschaft; hatte die faschistische Gewalt alle Klassen ihrem Gummiknüppel unterworfen, so musste sie dennoch zwischen den Klassen wählen.

Nach dem Siege des Faschismus fühlen sich

Dollfuss bei Mussolini

Internationale Hilfe für Oesterreich. — Italien soll in Berlin vermitteln.
Frankreichs Vorstoss beim Völkerbund. — Der Ruf nach Sanktionen

Die Spannung zwischen Berlin und Wien findet im Ausland immer grössere Beachtung, während man sich in Deutschland bemüht, sie als ein rein österreichisch-deutsche Angelegenheit hinzustellen, in die sich die Grossmächte nicht einzumischen hätten. Das Ausland glaubt, der nationalsozialistischen Bewegung in Oesterreich nur dann Herr werden zu können, wenn man Dollfuss finanziell hilft. In diesem Zusammenhang hat Dollfuss am Sonntag den italienischen Ministerpräsidenten Mussolini in Riccione besucht und mit ihm zwei Unterredungen über einen Wirtschaftsplan für Oesterreich gehabt. Wie es heisst, ist hierbei auch ausführlich das deutsche Vorgehen gegen Wien erörtert worden, wobei Mussolini die Vermittlung zwischen Wien und Berlin in Aussicht stellte. Zwar hat Italien seinerzeit eine Intervention direkt mit England und Frankreich wegen Oesterreich abgelehnt, doch hat der italienische Botschafter an Deutschland das Ersuchen gestellt, die

Dinge mit Oesterreich nicht zu übertreiben. Auch jetzt dürfte es sich in Berlin durch Rom nur um ein „freundschaftliches Einwirken“ handeln. In Frankreich und England werden die oesterreichisch-deutschen Beziehungen sehr eifrig diskutiert. In Paris ist man der Ansicht, dass Frankreich die oesterreichische Frage vor den Völkerbund bringen werde, wobei offen die Forderung nach Sanktionen gegenüber Deutschland gestellt werde. Zwar hat man nicht die Absicht, sofort aktiv einzugreifen, will aber das deutsche Prestige vor dem Völkerbund herabsetzen, wobei man auch auf die Schweiz hofft, die sich neuerdings durch verschiedene Vorfälle deutscherseits bedroht sieht und sich wegen der Grenzwirtschaftsfälle keineswegs mit der deutschen „Entschuldigung“ befriedigt. Frankreich ist entschlossen, Oesterreich in jeder Beziehung zu stützen und wird auch bei der internationalen Hilfe die Führung übernehmen.

Forttreiben der Revolution!

Röhm gegen die noblen Herren Hitlers. — Gibt Hitler uns kein Brot, so schlagen wir ihn tot.

Während die Nazibonzen von Fest zu Fest eilen und immer neue Demonstrationen zur Beruhigung der nationalsozialistischen Revolution veranstalten, vollziehen sich im Schosse der Führer Kämpfe, die nur durch eine Indiskretion ihre wahre Gestalt offenbaren. So wird erst jetzt durch die Beschlagnahme der dänischen Zeitung „Politiken“ bekannt, dass dieses Blatt deshalb beschlagnahmt wurde, weil es Äusserungen des Stabschefs Röhm brachte, die dieser anlässlich des SA-Aufmarsches in Berlin gegen die „noblen Herren“ um Hitler fallen liess. Auf dem Tempelhofer Feld erklärt Röhm: „Wir kümmern uns nicht einen Deut darum, was die hohen Herren in Berchtesgaden ausknobeln. Revolutionen werden immer in der Hauptstadt eines Landes ausbrechen. 800 000 Braunhemden sind eine Macht, die nicht fortdiskutiert werden kann.“ Bekanntlich hat dieser Aufmarsch auf Veranlassung Görings stattgefunden, als die „Führerbesprechung“ bei Hitler war, die sich gegen die sogenannten Mordgesetze wandte, die bisher auch durch den Reichskanzler nicht bestätigt wurden. Röhm werden ferner die Verse an den Häusern im westphälischen Städten

durch die SA zugeschrieben, worin es heisst: „Gibt Hitler uns nicht Brot, so schlagen wir ihn tot.“ Der „völkische Beobachter“ ist, ob der Mitteilungen der „Politiken“, sehr erobost, aber niemand wagt, die Röhm zugeschriebenen Äusserungen zu dementieren. Der Kampf zwischen Goebbels und Göring einerseits und die Gegensätze Hitler — Göring andererseits, werden sich trotz der gleichgeschalteten Presse auf die Dauer nicht verheimlichen lassen. Hitler im Dienste des Industriekapitals, gegen jedes Forttreiben der Revolution, und die SA unter Führung des radikalen Flügels, wollen selbst vor Hitler nicht Halt machen und hier setzt Göring ein, der in seinen Machtansprüchen nicht zu befriedigen ist. Wir wiederholen, dass es nur Teilerscheinungen einer revolutionären Gärung sind, denen im Augenblick noch keine besondere Bedeutung zukommt, die sich aber im Verlauf des Winters zu einer Sprengung des Kabinetts auswirken müssen, da weder Goebbels und noch weniger Göring, vom Platz weichen werden und schliesslich Hitler das Opfer sein wird.

die SA- und SS-Männer als Sieger. Die nationalsozialistischen Proletarier in den Fabriken und in den Büros glaubten ihre Stunde gekommen. Sie setzten Verwaltungsräte ab. Sie verjagten Direktoren. Die nationalsozialistischen Betriebszellen massten sich die Macht in den Betrieben an. Die nationalsozialistischen Proletarier erwarteten, der „ersten Revolution“, die den Staat in die Hände ihrer Partei gebracht, müsste die zweite folgen.

Die Krupp, Thyssen, Vöglger bestürmten Hitler um Hilfe. Der Kleinbürger, der immer zwischen Kapital und Arbeit schwankt, musste zwischen Kapitalisten und Arbeitern wählen. Wer die Produktionsmittel nicht in die Hände des Gemeinwesens überführen will, der muss das Kommando der Kapitalisten über die Produktionsmittel wiederherstellen. Wenn man keine sozialistische Gesellschaftsordnung schaffen will, kann man bei Strafe vernichtender Wirtschaftskatastrophe den Mechanismus der kapitalistischen Gesellschaftsordnung nicht stören. So

Wer sind die Reichstagsbrandstifter?

In Basel in der Schweiz ist ein „Braunbuch über Reichstagsbrand und Hitlerterror“ erschienen, welches aus Dokumenten eines internationalen Juristenkomitees besteht. In diesem Buche werden Goebbels und Göring als die moralischen Urheber des Reichstagsbrandes bezeichnet. Nun hat die deutsche Regierung wiederholt unter verschiedenen Vorwänden den Prozess verschoben, nachdem besagtes Komitee angekündigt hat, dass es zu gleicher Zeit in einer europäischen Hauptstadt einen zweiten Prozess durchführen wird, zu welchem sich namhafte Zeugen zur Verfügung gestellt haben. Unter dem Eindruck der Auslandsveröffentlichungen hat jetzt der Reichsanwalt an Dr. Branting in Schweden einen Brief gerichtet, in welchem er um Ueberlassung des Beweismaterials ersucht. Es berührt höchst sonderbar, dass die Machthaber Deutschlands nun von jenem Auslandskomitee Material einfordern, nachdem sie wiederholt versichert haben, dass es einwandfrei feststeht, dass Torgler und van der Lubbe die Reichstagsbrandstifter sind und man

musste Hitler gegen die Proletarier in seinen Reihen Stellung nehmen. Er proklamierte die „Kapitulation vor der Vernunft“, er verbot seinen Leuten, die Entschlussfreiheit der „Wirtschaftsführer“ zu beeinträchtigen, er wandte sich gegen die Forderung nach der „zweiten Revolution“.

Damit ist der Prozess beendet. Aus den Klassenkämpfen der Bourgeoisie gegen das Proletariat ist ein despotisches über beiden Klassen stehende, beide Klassen entrechtende, Staatsgewalt hervorgegangen. Aber indem diese Staatsgewalt das Kapital gegen den Aufruhr schützt, gewinnt sie die Unterstützung des Kapitals. Die deutsche Bourgeoisie hat abermals darauf verzichtet, ihren Staat selbst zu regieren. Wie sie sich einst den Hohenzollern unterworfen hat, hat sie sich nunmehr dem Faschismus unterworfen. Sie tauscht ihm dafür, wie einst von den Hohenzollern, die Niederhaltung des Proletariats ein.

noch obendrein sogar drei Bulgaren mit verhaftet hat, die an der Tat beteiligt sein sollen. Nun steht in dem Braunbuch aber auch, dass der besagte „Kommunist“ van der Lubbe auf der Liebesliste Röhm steht, dem Anhänglichkeit des § 175 nachgesagt wird, ferner sehr peinliche Dinge über Göring. Der Oberreichsanwalt will seinen ganzen Prozess auf ein anderes Gleis schieben, man wird ihn überhaupt nicht stattfinden lassen, um zu verhindern, dass die ganze Wahrheit ans Tageslicht kommt. Die Zeit scheint uns nicht mehr fern zu sein, wo die wahren Reichstagsbrandstifter enthüllt werden, u. es steht schon heute fest, dass sie nicht bei den Kommunisten, sondern bei den Nationalsozialisten, und zwar in ihrer „Elite“, zu suchen sind. Dr. Branting hat von sich aus jede Dokumentenauslieferung abgelehnt, das Juristenkomitee wird während seines Prozesses das Beweismaterial erbringen, aber nicht dem Oberreichsanwalt, weil man zur deutschen gleichgeschalteten Justiz kein Vertrauen hat.

Auch Brüning fürs Konzentrationslager reif?

Der „Völkische Beobachter“ zitiert eine Nachricht aus der holländischen Presse, wonach der frühere Reichskanzler Dr. Brüning den Vatikan vor einem Konkordatsabschluss mit Hitlerdeutschland gewarnt haben soll, da Hitler Versprechungen nicht einhalte und nur aussenpolitischer Erfolg bedarf. Aus der Art der Meldung war sehr durchsichtig, dass gewisse Umstände die Nationalsozialisten zwingen, auch Brüning ins Konzentrationslager zu bringen, nachdem er sein Reichstagsmandat niederlegen und ins Kloster gehen wolle. Dr. Brüning dementiert nun die Meldung des holländischen Blattes u. unterstreicht, dass er nach seinem Rücktritt mit dem

Vatikan keinerlei Korrespondenz gepflogen habe. Inzwischen wird bekannt, dass die Nationalsozialisten es ablehnen, die Zentrumsabgeordneten als Hospitanten ihrer Fraktion aufzunehmen, weil das „schwarze System“ früher einmal die Nazis bekämpft habe. Auch hierin ist eine deutliche Spitze gegen Brüning zu sehen, den man unter allen Umständen irgendwie noch anprangern will, nachdem es heisst, dass er sich nach, wie vor, des besonderen Vertrauens Hindenburgs erfreut und neuerdings zum Ausdruck gebracht hat, dass die Tage der nationalsozialistischen Herrschaft gezählt sind.

Löbe am 11. August

Marsch durch Breslau

Am 11. August, der in den früheren Jahren in Deutschland offiziell als Verfassungstag gefeiert wurde, wurde der frühere Reichspräsident Löbe, an der Spitze von 300 anderen politischen Gefangenen durch die Strassen Breslaus geführt und von der Menge angepöbelt. Die Gefangenen sollen nach Osnabrück überführt werden.

Man hat diesen Marsch durch Breslau auf den 11. August gelegt, weil Löbe bei den Regierungsfeiern des Verfassungstages seit vielen Jahren zu präsidieren pflegte. Es wird mitgeteilt, dass viele SA-Leute laut gefragt haben, weshalb nicht auch Hindenburg bei diesem schmachvollen Marsche mitgeführt wurde, der an allen diesen Feiern stets als schwarz-rot-goldener Mann teilgenommen habe.

Steigendes Defizit im Staatshaushalt

Der Fehlbetrag im Staatsbudget für den Monat Juli beträgt 26,2 Millionen Złoty, gegen 24 Millionen im Monat Juni. Die Einnahmen betragen im Juli 142,8 Millionen, die Ausgaben 169 Millionen, im Vergleich zum Monat Juni sind die Einnahmen um 10,5 Millionen, die Ausgaben dagegen um 12,7 Millionen gestiegen.

Politische Verhaftungen in Czenstochau

Wie die Warschauer Presse berichtet, sind in den letzten Tagen innerhalb der nationaldemokratischen Kreise in Czenstochau, auf Antrag der Staatsanwaltschaft, Haussuchungen vorgenommen worden, denen auch Verhaftungen, innerhalb der Jugendbewegung dieser Organisation, folgten. Die Parteilokalitäten der „Nationalen Vereinigung“ sind geschlossen worden.

Das Mädchen kommt plötzlich näher — sieht Gilgi neugierig und unsicher vertraulich an — „Sind Sie — — sind Sie vielleicht die Braut vom Herrn Longin?“

„Ob ich was bin?“

„Ach, ich dachte, Sie sind — — aber wenn Sie's nicht sind — ich will nichts gesagt haben dann...“

„Vielleicht bin ich's“, meint Gilgi und macht ein geheimnisvolles Gesicht. Kann ja sein, dass man als Braut vom Herrn Longin die Dame Greif eher zu sprechen bekommt. Die Miene des Mädchens drückt satte Befriedigung und Eingeweihtes aus. Es öffnet halb den Mund — will anscheinend etwas sagen — klappt dann aber mit sichtbarer Selbstüberwindung den Mund wieder zu und entfernt sich.

Gilgi sitzt und wartet. Wartet auf eine wildfremde Dame, von der sie fünfhundert Mark haben will. Ausserdem ist diese fremde Dame ihre Mutter. Das ist merkwürdig. Viel merkwürdiger aber ist ihre tiefe, nicht zu erschütternde Gleichgültigkeit für diesen Begriff. Ist doch nicht normal — von Rechts wegen müsste sie doch aufgeregt sein... nichts zu machen — man ist nicht aufgeregt. Ob das denn wichtiges: Mutter! Ja, und wenn man überhaupt etwas für diese unbekannte Mutter empfindet — dann eine unerklärliche, aber nicht wegzuleugnende Abneigung. Gleich werd' ich sie sehen — das Herz bleibt ruhig. Hans und Herta — sie muss mir Geld geben — das Herz schlägt schneller. Martin — was wird Martin denken, wo ich bin — das Herz setzt sekundenlang aus, und Gilgi wünscht,

Scharfer Beschluss der britischen Bergarbeiter

Der ordentliche Kongress der Britischen Bergarbeiter-Föderation nahm eine Entschliessung an, in der aufs schärfste gegen die Haltung der Regierung protestiert wird, die sich, nachdem sie das Prinzip einer nationalen Regelung der Produktion und der Preise gesetzlich festgelegt hat, weigert, dieses gleiche Prinzip auf die Löhne anzuwenden (worin sie von den Unternehmern getreulich unterstützt wird!). Der Kongress beauftragte den Vorstand, „alle in Betracht kommenden Massnahmen die Erklärung des Generalstreiks inbegriffen, zu ergreifen, wenn das Lohnniveau in irgendeinem Teile des Landes angetastet wird“.

Im Zusammenhang mit der Frage der Arbeitszeit erinnerte der Vizevorsitzende der Föderation, Jones, daran, dass die Regierung vor einiger Zeit, als sie von den Bergarbeitern die Zustimmung zur Verlängerung des Arbeitstages um 30 Minuten verlangte, gleichzeitig versprach, die Genfer Konvention über die Arbeitszeit im Bergbau zu ratifizieren und dafür zu sorgen, dass dies auch die anderen Länder tun. Im Vertrauen auf dieses Versprechen erklärte sich die Föderation mit dem Arbeitstag von 7 1/2 Stunden einverstanden (während sie sonst nie über 7 Stunden hinausgegangen wäre). Seit diesem Zeitpunkt hat die Regierung eine wahre Feindseligkeit gegenüber der Ratifizierung der Genfer Konvention an den Tag gelegt. Die Bergleute haben ihr Versprechen gehalten, die Regierung hat es gebrochen. Im gleichen Zusammenhang führte Edwards, der Sekretär der Organisation, aus, dass hauptsächlich die britische Regierung für die Nicht-Ratifizierung der Konvention verantwortlich sei. Seiner Ansicht nach sei eine definitive Regelung des Kohlenproblems nie möglich, wenn nicht zuvor eine internationale Norm für die Lebenshaltung der Bergleute Europas gefunden wird.

Streikstimmung in Polen

Aus dem ostgalizischen Petroleumgebiet wird gemeldet, dass die Gewerkschaften an die Unternehmer ein Ultimatum gestellt haben, in welchem sie die Einlegung einer vierten Schicht fordern, um der Arbeitslosigkeit vorzubeugen. Die Unternehmer lehnen diese Anträge der Gewerkschaften ab und begründen ferner die Forderung nach einer Herabsetzung der bisherigen Löhne, da sich die Konjunktur seit dem Tarifabschluss verschlechtert habe. Sollten die Unternehmer auf ihren Forderungen bestehen, so steht ein Streik bevor. Wie es heisst, soll zunächst die Regierung um Vermittlung angerufen werden.

Aus Lodz wird berichtet, dass auch innerhalb der Textilarbeiterschaft sich mit den bisherigen Lohnbedingungen eine Unzufriedenheit bemerkbar macht, die einer Streikstimmung gleicht. Die Gewerkschaften wollen in den nächsten Tagen zu den Forderungen der Belegschaften Stellung nehmen, um mit den Arbeitgebern neue Verhandlungen anzubahnen.

Polnisch-Danziger Hafenabkommen noch im September

Die Danzig-polnischen Verhandlungen in Warschau über die Ausnutzung des Danziger Hafens nehmen einen zufriedenstellenden Verlauf. In polnischen Kreisen glaubt man, dass wenn keinerlei Schwierigkeiten in der Zwischenzeit entstehen, das neue Abkommen bereits Mitte September unterzeichnet wird. Wie es heisst, sollen beide Seiten sich bisher weitgehende Zugeständnisse gemacht haben.

ohnmächtig zu werden. Fiebernde Ungeduld packt sie plötzlich. Fünf Minuten hat sie gewartet und glaubt, dass Stunden vergangen sind. Das Geld — Martin — kleine Kinder — Gefängnis — und Martin wird warten. Und Gilgi kommt's vor, als wenn sie ein nie wieder gutzumachendes Verbrechen an Martin beginge. Die kleinen Kinder — was gehn sie mich an! Der Hans kommt ins Gefängnis — soll er doch. Martin wartet — ich werd' erklären müssen — er wird nicht verstehn — warum sitze ich hier? Heute soll' ich beim Arzt sein. Das Kind — vielleicht wird es so unordentliche schwarze Haare haben wie Martin und so dunkle Augen mit silbernen Lichtern — ich möchte gern so ein Kind — Martin, mein Liebling — Geld — fünfhundert Mark — ach, da ist es wieder, das ganze Durcheinander. Ich kann nicht mehr — Martin wartet —

Ach, ich habe nicht gemerkt, dass ich aufgestanden bin. Was tue ich — — ich gehe zur Tür — Martin — — nein doch — ich muss Geld haben. Ist doch nicht wichtig — doch, ist wichtig. Eben war doch noch alles klar — da wollte ich was — jetzt doch auch... Gilgi beißt sich ins Handgelenk — immer weher muss es tun, immer weher — soooo — und nun weiss man wieder, was man will. Wo ist die Frau? Was macht sie solange? Stundenlang wart' ich — ein Blick auf die Armbanduhr: ganze sechs — sieben Minuten warte ich. Warum kommt sie nicht? Ich habe eine Wut auf diese Frau. Fällt mir gar nicht ein, mich da wieder wie ein Idiot in das lächerliche Korbstühlchen zu setzen. (Fortsetzung folgt)

GILGI

Irmgard Keun

EINE VON UNS

48)

„Das ist zu spät — Herrgott, jetzt ist keine Zeit mehr zu verlieren. Was kennen wir denn noch für kapitalkräftige Leute, Pit? Gilgi überlegt. Zu den Krons gehen? Unmöglich. Sie würden mir ja das Geld vielleicht geben — aber wann? Uebermorgen oder nächste Woche. Die gehören ja zu den Leuten, die jedes Dreimarkstück erst „flüssig machen“ müssen. Den Pelzmantel versetzen? Bekäme man doch sicher nicht genug. Und auch sonst — und Martin darf mit der ganzen Geschichte nicht das geringste zu tun haben. „Halt — ich weiss... adjö Pit...“ Gilgi saust die Treppen hinunter.

Kaiser-Wilhelm-Ring. Greif. — Gilgi klingelt. Das standesbewusste Mädchen öffnet. „Frau Greif da?“

„Gnädige Frau sind jetzt nicht zu sprechen.“

Das werden wir ja mal sehn — Gilgi schiebt sich an dem verblüfften Mädchen vorbei zur Tür hinein — setzt sich auf den kleinen Korbsessel in der Diele — sieht auf ihre Armbanduhr — — „Eine halbe Stunde warte ich hier — bis dahin hat Frau Greif zu sprechen zu sein.“

Das Mädchen verschwindet — kommt eine Minute später wieder: „Gnädige Frau lassen um Ihren Namen bitten — und was Sie wünschen?“

„Das sage ich ihnen nicht. Sagen Sie Frau Greif nur, ich wartete — sie möchte sich beeilen.“

Zurück zur Sklaverei!

Es ist zur Gewohnheit geworden, unserem Zeitalter den Kulturaufstieg und die Befreiung der Menschheit nachzurühmen. Und die ganze Umgebung, in der wir leben, hat fast den Anschein, als wenn es wirklich wahr wäre. Moderne Industrieunternehmungen stehen vor uns, Schulen, Theater, Sportplätze, Bibliotheken und eine Anzahl öffentlicher Gebäude, dokumentieren, dass wir über die Epoche der Sklaverei hinaus sind. Eine Gesetzgebung garantiert dem Bürger die persönliche Freiheit, ja, sogar die Anteilnahme an der Staatsgestaltung. Und wer nicht weiter darüber nachdenkt, sich von den Verhältnissen treiben lässt, der bildet sich wirklich ein, ein freier Mensch zu sein. Im jahrzehntelangen Kampf hat die Arbeiterschaft sich sogar eine Reihe von Errungenschaften der kapitalistischen Gesellschaftsordnung abgetrotzt, und solange der ganze Wirtschaftsmechanismus im Betrieb war, schien es manchen, dass nun das Erdendasein trägt erschein, zumal dem Gläubigen auch das Teil nach dem Tode sicher ist und, bis er dieser Gnade zuteil wird, ist ihm, wenn er fürsorglich war, irgend eine Rente oder Pension sicher. Die Kirche sorgt für Beruhigung der Gemüter, das Kapital für ausreichende Ausbeutung und der Staat für Ruhe und Ordnung. Des Spiessers Dasein vollzog sich im gemächlichen Trieb.

Nur die bösen Sozialisten waren mit diesem Zustand unzufrieden, sie wiesen auf die Gefahren hin, die dieser Kulturfortschritt unter kapitalistischer Führung und gesellschaftlicher Ausbeutung mit sich bringen muss. Die Krisen sind Erscheinungen dieser gottgewollten Weltordnung, ihnen vorzubeugen durch eine sozialistische Wirtschaftsweise und eine Befriedigung der Güter für alle, ist sozialistische Aufgabe. Man nannte sie die ewig unzufriedenen und waren sie radikal, so belegte man sie mit „Kommunisten“, also Staatsfeinden, die ins Gefängnis gehören. Nun brach die, vom Sozialismus angekündigte, Krise aus, Massenarbeitslosigkeit, furchtbares Elend, Zusammenbruch der ganzen Kultur, sind Begleiterscheinungen, gegen die man nicht mit schönen Worten christlicher Erbauung ankämpfen kann. Und die Gesellschaft hilft, soweit sie es in ihren Begriffen vermag, ohne zu merken, dass wir so allmählich in die Sklaverei zurückkehren. Bei öffentlichen Arbeiten werden Hungerlöhne geboten, und dazu gibt es noch Menschen, die Rekordeleistungen erzielen, um nur die anderen aus der Arbeitsstätte zu vertreiben. Ja, bei der Arbeitszuteilung wird nicht etwa nach der Familie oder der Bedürftigkeit entschieden, sondern sehr oft nach der patriotischen Gesinnung. In den Biederschächten ist der bewusste Selbstmord aus Erhaltungstrieb auf der Tagesordnung, und doch wird die Förderung zuweilen noch beschlagnahmt. Unterstützungen werden gezahlt, die jeder Beschreibung spotten, wenn man davon leben soll. Aber alles das geschieht im Zeichen der Kultur, des Fortschritts, des Menschentums des zwanzigsten Jahrhunderts.

Die Sklaven des Altertums hatten es wenigstens besser, denn der Patrizier sorgte wenigstens für ihren Unterhalt ausreichend, sie waren für ihn Wertobjekte, die man schützen und erhalten wollte. In der modernen Kultur haben wir zwar eine Reihe Sozialerichtungen, nur der Mensch ist Nebensache geworden. Gewiss, gewiss, in der Gesetzgebung ist alles in bester Ordnung, nur bei der Auslegung des Inhalts merkt man erst, wieweit diese Sozialerichtungen von der praktischen Hilfe entfernt sind. Eine Bürokratie, die grösstenteils die Beiträge als Regiekosten verbraucht, sorgt dafür, dass der arme Teufel nicht irgendwie die Gesellschaft benachteiligt, mag er selbst auch daran zugrunde gehen. Aber wie entrüstet sind die Spiesser und Nutzniesser dieser gottgewollten Gesellschaftsordnung, wenn man ihnen den Spiegel der Wirklichkeit entgegenhält und nachweist, wieweit alles von der praktischen Hilfe entfernt ist. Dann läuft man Gefahr, als „Revolutionär“ verschrien zu werden und fordert man gar Abstellung dieser Schandflecke unserer Kultur, so wandert man sicher auf Nummer „sicher“, denn Staat und Gesellschaft sind in Gefahr, müssen vor staatsföndlichen Umtrieben gerettet werden.

Und man rettet eifrig, bildet Komitees, die helfen sollen, lobt die Wohltätigkeit, um dem Elend zu steuern und merkt nichts davon, dass es doch eigentlich nur der Weg zurück zur Sklaverei ist. Sprechen wir nicht von der Mitbestimmung am Staat, wenn man das Glück oder Unglück hat, einmal nicht der Staatsnation anzugehören, dann sind die schönen garantierten Freiheiten die reinste Tyrannei. Aber sonst gehts uns gut, denn die Bürger sind zufrieden, bis das Los unerträglich, sich gewaltsam Raum und Freiheit verschafft. Dann wird der Sklave zum Tyrannen. Und soll es wieder soweit kommen, dass wir ins Mittelalter zurückmüssen oder ist es nicht besser, die heutige Kultur und ihre Fortschrittstünche zu beseitigen, eine Gesellschaft zu bauen, nicht allen Brot, Arbeit und Freiheit gewährt. Wer es will, der muss Sozialist werden, allen Spiessern zum Trotz!

Rote Jugend an der Przemsa

Der Jugendtag polizeilich verboten — Allerlei Ueberraschungen — Nächlicher Besuch Trotzallem innige Verständigung zwischen deutscher und polnischer Arbeiterjugend Durch Spiel und Vergnügen zu ernster Zukunftsarbeit!

Am Sonnabend, den 12. August, sah man auf der Heerstrasse nach Myslowice kleine Gruppen von Mitgliedern des DSAP an die Przemsa ziehen. Sie sammelten sich zum Treffen der „Roten Jugend“, welches mit der „TUR“ und den „Czerwone Harcerze“ gemeinsam stattfinden sollte. Sie waren, trotz des schlechten Wetters und des weiten Weges, frohen Mutes, hofften sie doch, ein Erlebnis zu haben, das durch alle bisherigen Bezirkstreffen übertraffen werden sollte.

Am Sonntag, den 13. August, stieg der erste Tag des „Roten Jugendtages“ grau und düster herauf. Gegen 8 Uhr versammeln sich alle Gruppen an der Stelle, wo die Veranstaltung geplant war. Mit einem „Bądź gotów“ werden wir von unseren polnischen Freunden begrüsst. Wir tauschen unsere üblichen Freundschaftsbezeugungen aus und erfahren dabei zu unserem Erstaunen, dass das Treffen von der Polizei verboten ist. Das traf uns sehr schmerzlich, und wir können uns auch den Grund dafür beim besten Willen nicht erklären. Dürfen denn junge Arbeiter, ganz gleich, welche Sprache sie reden, nicht Freunde miteinander sein? Uns deutschen Jugendlichen ist der Traum vom gemeinsamen Lagerleben mit den polnischen Genossen wie eine Seifenblase zerplatzt. Wir wollten uns aber das freundschaftliche Zusammenbleiben auf keinen Fall nehmen lassen und sangen und spielten gemeinsam um die Wette. Aber es dauert nicht lange, da tauchen zwei Polizeibeamte auf und wollen uns auch dieses verbieten. Erst nach einer Ansprache mit dem Führer der „Roten Pfadfinder“, sehen die Beamten ein, dass wir keinen Jugendtag abhalten und lassen uns tanzen, uns singen und fröhlich sein. So vergeht der erste Tag, und die Genossen, welchen es nicht vergönnt war, bis Dienstag zu bleiben, müssen Abschied nehmen. Die anderen, „glücklicheren“ Jugendlichen, werden von den polnischen Freunden eingeladen, mit ihnen gemeinschaftlich zu übernachten. Gern willigen wir ein, hoffen wir doch auf diese Weise, unsere Bindung fester zu knüpfen. Vor der Nachtruhe wurden so manche herzerfrischende Aussprachen gepflogen, so mancher, der vielleicht in dieser schweren Zeit den Mut hatte sinken lassen, schöpfe neue Hoffnung für die Zukunft und begriff den Gedanken der völkerverbindenden Idee des Sozialismus, auf Grund gegenseitigen Vertrauens und gegenseitiger Achtung. „Bądź gotów“

— Sei bereit! — Das ist der symbolische Gruss unserer Freunde, und es liegt viel Sinn darin, immer, stets und überall, für die Arbeiterbewegung auf dem Posten zu sein. Mit diesen und ähnlichen Gedanken gingen wir zur Ruhe, aus welcher wir plötzlich, gegen 12 Uhr nachts, sehr unsanft und gebieterisch, herausgerissen wurden. Polizei kontrollierte die Räume und war sehr empört, dass Jungen und Mädels in einem Raum zusammenschlafen. Es folgte wiederum Hin- und Herrede, und schliesslich liess man uns unseren versäumten Schlaf nachholen. Also auch auf solche Ueberraschungen musste man gefasst sein. —

Montag ist zwar gewöhnlich ein „Blautag“, aber bei uns merkte man nichts davon. Galt es doch, den polnischen Genossen zu zeigen, wie wir unser Fahrtleben ausgestalten, und andererseits wollten wir gern ihre Art kennen lernen. Also wurden am Vormittag allerhand sportliche Spiele ausgetragen. Für den Nachmittag war grosser Zirkus mit politischem Kabarett angesagt. Man sah Ringkämpfer und Flohbändiger, die dem Zirkus Sarraani alle Ehre gemacht hätten. Es gab auch Könige aus dem Märchenlande. Aber auch die Wirklichkeit fehlte nicht, „Jojo“, das Wunder von 1932, war da, und das „Dritte Reich“ hatte man ebenfalls nicht vergessen. Unter diesem fröhlichen und doch beherrschenden Kunterbunt verging die Zeit, wie im Fluge. Der Abend nahte, wo man von den liebgewonnenen Freunden scheiden musste. Noch einmal traten alle zusammen und sangen zur Verbrüderung die Internationale. —

„Bądź gotów“ rufen uns die polnischen Grenzen zu, „Freiheit“ antworten wir und gehen dann gedankenvoll an unsere Arbeit zurück. Nachts schlafen wir, diesmal ohne Störung, in unseren Zelten. Dienstag sind wir zwar vereinsamt, ohne unsere polnischen Freunde, doch vertreiben wir uns die Zeit durch allerlei Kurzweil, sodass der Abend uns viel zu schnell an den Aufbruch mahnt. Aber wir müssen zurück in die Stadt, wo wieder der graue Alltag seine Arme nach uns ausstreckt. Wir gehen mit neuer Kraft und frischem Mut und sagen allem, was uns hemmt und hindert, den Kampf an. Die rote Jugend fürchtet sich nicht. Wir kämpfen mit geistigen Waffen und wissen, dass wir einst siegen müssen! Wir sind verbrüdert, trotz verschiedener Sprachen! Rote Jugend ist dem Ruf des Denkers Karl Marx gefolgt!

Freiheit!

—lek.

Zeitungsbeschlagnahme vor dem Völkerbund

Eine Eingabe des Deutschen Volksbundes in Genf

Pressemeldungen zufolge, hat der Deutsche Volksbund an den Völkerbundsrat nach Genf, im Auftrage der Verleger der „Kattowitzer Zeitung“ und des „Oberschlesischen Kuriers“, eine Beschwerde wegen der Zeitungsbeschlagnahmen beider Blätter im Mai und April gerichtet. Die Eingabe enthält die Bitte, festzustellen, dass durch die Beschlagnahmen der beiden Blätter und die Unterlassung der Beschlagnahmen von Aufsätzen der „Polska Zachodnia“ und Aufrufen des Westmarkenvereins, sowie des Aufständischen-Verbandes, ferner die Duldung des Boykotts der deutschen Zeitungen, gegen die Bestimmungen der Genfer Konvention verstossen sei. Bekanntlich wurden im Monat Mai von 49 Nummern der „KZ“ 39 beschlagnahmt und beim „OK“ nicht weniger, als 13. Wengleich die Eingabe bereits im Völkerbundssekretariat eingelaufen ist, erscheint es doch fraglich, ob sie bereits an der Septembertagung behandelt wird.

Die „Polska Zachodnia“ ist über den Schritt des Deutschen Volksbundes ganz aus dem Häuschen geraten und nennt die Eingabe eine neue Provokation der „loyalen deutschen Presse“, gegenüber den polnischen Behörden. Nach ihrer Meinung ist das Mass der narrenhaften Provokation bereits übergangen, und es kommt der Zeitpunkt einer rechtlichen Auseinandersetzung mit den „Destruktoren“. Wir begreifen den Schmerz der „Polska Zachodnia“, denn sie kommt in der Beschwerde scheinbar nicht besonders gut fort. Und wenn die polnischen Behörden jetzt ihren Standpunkt vertreten werden, so hat ihnen die „Polska Zachodnia“ mit ihrer Auffassung von Minderheitspolitik, manchen Bärendienst erwiesen, auf den sich eben der Deutsche Volksbund berufen kann.

Tödlicher Familienstreit in Schoppinitz

Am Sonntag morgens war Schoppinitz der Schauplatz einer blutigen Familientragödie. Im Verlauf eines Streits mit seiner Schwiegermutter liess sich der Kaufmann Kasperczyk hinreissen und warf mit einem Plättchen nach ihr. Die Schwiegermutter wurde am Kopf getroffen und fiel bewusstlos zu Boden. Blutüberströmt wurde sie ins Krankenhaus geschafft, wo sie nicht mehr das Bewusstsein erlangte und nach wenigen Stunden verstarb. Der Täter stellte sich daraufhin selbst der Polizei als Mörder seiner Schwiegermutter. Der Vorfall löste in Schoppinitz ein grosses Aufsehen aus.

Deutsche Theatergemeinde

Die neue Spielzeit wird am 22. September mit „Egmont“ eröffnet. Die Aufnahme der Mitglieder erfolgt schon jetzt in unserem Geschäftszimmer auf der ulica Szkolna in der Zeit von 9 bis 1 Uhr. Der Mitgliederpreis beträgt 5 Zl. für die Stammkarte und 2 Zl. für die Nebenkarte. Jede weitere Nebenkarte kostet nur 1 Zl. Stammkarten gelten für Personen mit selbständigem Beruf, während Nebenkarten für Familienangehörige, die keinen eigenen Erwerb haben, gelöst werden können. Unsere Mitglieder haben das Vorverkaufsrecht vor den Nichtmitgliedern und eine Ermässigung auf die Eintrittspreise zu allen Veranstaltungen. Die Mitgliedskarten gelten für alle Orte, wo Veranstaltungen der Theatergemeinde stattfinden. Unsere Vertrauensleute werden gebeten, Zeichnungslisten in unserem Büro anzufordern. Die Ausgabe des Abonnements erfolgt Anfang September.

Das Programm zum Volksfest der Arbeitersänger in Siemianowitz

Am kommenden Sonntag veranstalten die Siemianowitzer Arbeitersänger im Bienhoffpark, bei schönem Wetter ein Volksfest grossen Stils, zu welchem die auswärtigen Brudervereine ihre Mitwirkung zugesagt haben. Um das reichhaltige Programm bewältigen zu können, ist der Beginn schon auf 3 Uhr nachmittags festgelegt worden. Es werden im Handball zwischen den Arbeitersportlern von Kattowitz und Siemianowitz zwei Wettkämpfe sowie ein Jugendspiel ausgetragen. Die Königshütter Arbeiterradler haben ebenfalls zugesagt. Um 4 Uhr beginnt das Instrumental-Konzert, ausgeführt von der besonders verstärkten Krejci-Kapelle unter persönlicher Leitung ihres Dirigenten. Der Chor, durch auswärtige Sänger wesentlich verstärkt, singt im 1. Teil unter Leitung des Bundesdirigenten Georg Steinitz unsere bekannten Tendenzlieder in neuer Einstudierung. Im 2. Teil kommt altes Volksliedgut zu Worte. Der folgende Teil bringt heitere Chöre und Wanderlieder. Als besondere Neuheit und Ueberraschung wird das bestens bekannte Doppel-Quartett der Kattowitzer Arbeitersänger mit einer Reihe von heiteren Darbietungen an die Öffentlichkeit treten. Wenn nun noch von der Arbeiterjugend die bekannten Spiele und Tänze ausgeführt werden, so bietet die Festfolge eine Fülle des Interessanten für Jung und Alt. Darum sollte kein Angehöriger und Sympathiker unserer Bewegung sich diese Veranstaltung entgehen lassen.

Wie gross ist die Stadt Königshütte?

Nach den neueren Feststellungen besitzt die Stadt Königshütte einen Flächeninhalt von 629 Hektar, 14 Ar und 32 Quadratmeter. Davon entfallen auf bebautes Gelände 227 Hektar, 33 Ar und 32 Quadratmeter. Unbebaut sind noch 292 Hektar, 85 Ar und 38 Quadratmeter. Strassen, Wege und Plätze 60 Hektar, 65 Ar und 22 Quadratmeter, Parkanlagen und öffentliche Gärten 25 Hektar, 69 Ar und 65 Quadratmeter. Friedhöfe 17 Hektar, 8 Ar und 65 Quadratmeter. Durch Gewässer belegt sind 6 Hektar und 11 Ar. Hieraus ist ersichtlich, wie gering die Ausdehnungsmöglichkeit der Stadt ist. Das zum grossen Teil noch vorhandene Gelände ist durch Grubenabbau unterbaut und kann für Häuserbauten nicht verwendet werden. Für die Zukunft sollen auf solchem Gelände nur leichte Bauten in Form von Einfamilienhäusern errichtet werden. Im nächsten Jahre sollen zwei solcher Häuschen probehalber in der Gegend von Klimawiese erbaut werden. Durch die vielen Umstände in den Gemeinden Chorzow und Neuheide ist die Eingemeindung zu Königshütte in sehr weite Ferne gerückt, und wird, wenn sie überhaupt zustande kommt, noch viele Jahre in Anspruch nehmen. Auch würde eine Eingemeindung in dieser Zeit eine schwere Belastung für Königshütte bedeuten.

Ferner besitzt die Stadt 378 832 Quadratmeter Strassen. Davon sind gepflastert mit Granit 143 110 Quadratmeter, kleineren Granitsteinen 4560 Quadratmeter, asphaltiert sind 862 Quadratmeter, unbefestigt 12 400 Quadratmeter. Die Unterhaltung der Strassen und öffentlichen Plätze erfordert die ansehnliche Summe von 344 900 Zloty. Davon sind für dieses Jahr für den Ankauf von Materialien 45 000 vorgesehen. Die Reinigung der Strassen und Sprengung der Strassen und öffentlichen Plätze kostet 187 100 Zloty. Trotz des hohen Betrages lässt die Sprengung der Strassen, ganz besonders der abgelegenen, viel zu wünschen übrig. Ein Uebelstand über den auch anderwärts geklagt wird.

Zum Abrahamsfest! Am Dienstag, den 22. August, feiert unser langjähriger, treuer Volkswillener Robert Piechnitzek, Wandy 50, seinen 50. Geburtstag. Wir gratulieren dem Jubilar aufs herzlichste. Glückauf zum 100. Wiegenfest!

Riesenbrand in Maciejowitz

2100 Zentner Getreide vernichtet. — 18 Feuerwehren bei der Rettungsaktion.

Aus noch unbekanntem Gründen geriet in der Nacht zum Montag eine gemauerte Scheune in Maciejowitz bei Chorzow in Brand. Die Vorräte an Getreide, die dort untergebracht waren, werden auf etwa 2100 Zentner geschätzt, von denen nichts gerettet werden konnte. Die Gebäude gehören der Vereinigten Königs- und Laurahütte und waren an das Stickstoffwerk verpachtet. Etwa 18 Feuerwehren waren an der Brandstätte bemüht, den Brand zu lokalisieren, was zwar gelang, aber, wie bereits gesagt, von den Vorräten konnte nichts gerettet werden. Der Gesamtschaden wird auf 50 000 Zloty geschätzt.

Nochmalige Kündigung in der Werkstättenverwaltung

Trotzdem nach der Entscheidung des Demobilisierungskommissars in den Betrieben der Werkstättenverwaltung in den letzten Tagen an die 120 Mann entlassen worden sind und an die 90 Mann nach den unteren Betrieben mit dem 1. September verlegt werden sollen, hat die Verwaltung wiederum durch Aushang den verbliebenen 800 Mann der Belegschaft Kündigung zum 31. August mitgeteilt. Man bringt die erneuten Kündigungen mit der bevorstehenden turnusmässigen Beurlaubung von 350 Mann im Zusammenhang. Wozu den in Frage kommenden Leuten, die allmonatlich sich mit den verbleibenden Belegschaftsmitgliedern ablösen sollen, gekündigt wird, ist unverständlich. Die in Frage kommenden ersten Beurlaubten befürchten, dass sie, wenn ihnen gekündigt wird, auch nach Ablauf der Zeit entlassen werden können. Es wäre viel einfacher gewesen, ohne Kündigung die in Frage kommende Anzahl für einen Monat zu beurlauben, dass nach Ablauf dieser Zeit planmässig die andere Partei von selbst gegangen wäre. Diese Handhabung bewährt sich in den Betrieben der Königshütte sehr gut.

Arbeitslosigkeit und Arbeitsdienstpflicht

Das städtische Arbeitsvermittlungsamts in Katowice teilt mit, dass jeder vom Amt erfasste Arbeitslose der gesetzlichen Arbeitsdienstpflicht nachzukommen hat. Es sollen immer noch Fälle vorkommen, dass Erwerbslose bei amtlichen Arbeitszuweisungen einen gewissen Unwillen an den Tag legen, wobei sie Krankheiten, Arbeitsunfähigkeit usw. vorzuschützen. Falls jedoch die Ermittlungen ergeben, dass die gemachten Aussagen auf Unwahrheit beruhen, wird der betreffende Arbeitslose aus der Arbeitslosenevidenz gestrichen. Auf diese Weise geht er seiner sämtlichen Vergünstigungen als Arbeitsloser verlustig. Die Arbeitsdienstpflicht ist für 6 Wochen vorgesehen und umfasst je Tag 7 Arbeitsstunden. Die Entschädigung beträgt für die Schicht 3 Zloty, ohne jegliche Abzüge. Ausserdem erhalten die Arbeitspflichtigen das Recht zum Bezug von Milch, ärztliche Behandlung usw. R.

Aus der Magistratssitzung in Siemianowitz

Aus Anlass des Schulbeginns werden in Siemianowitz umfangreiche Aenderungen im Schulbetrieb durchgeführt. Die neue Schule auf der ulica Mat. Jki wird ihrer Bestimmung übergeben. Zunächst wird der Schulbetrieb nur in der Hälfte der Schulräume aufgenommen. Die Schule auf der Michalkowitzerstrasse ist bis auf weiteres gesperrt, weil dort umfangreiche Instandsetzungsarbeiten vorgenommen werden müssen, welche infolge Grubenabbau notwendig geworden sind. Das kommunale Mädchen-gymnasium wird mit dem neuen Schuljahr in die Schule Jadwigi auf der Bienhofstrasse übergeleitet, sodass in dieser Schule vier Klassen für das Mädchen-gymnasium bereitgestellt sind. Ein Antrag auf Bewilligung von 5000 Zloty zur Vornahme eines Umbaus für die Zwecke des Gymnasiums an der fraglichen Schule wurde abgelehnt, dagegen wurden 400 Zloty zur Aufstellung eines Zaunes bewilligt, welcher das Gymnasium von der Volksschule trennen soll. Ueber das neue Wasserzinsprojekt, welches nun schon nahezu ein volles Jahr den Magistrat und Stadtverordneten beschäftigt, entwickelte sich wiederum eine ausgiebige Debatte. Es wurde eine Kommission bestimmt, welche sich mit der Aufstellung der neuen Zinstabelle beschäftigen soll, sodass dieses Projekt nun endlich an der nächsten Stadtverordneten-Versammlung verabschiedet werden kann. Hoffentlich kommt es dabei nicht wieder zu einer Hinausschiebung dieser für die kleinen Mieter so wichtigen Angelegenheit, was bei der Zusammensetzung der Stadtvertretung innerhalb eines Jahres immer wieder gegluckt ist. An drei exmilitierte Mieter aus den Häusern der neuen Arbeiterkolonie wurden vom Magistrat andere Wohnungen zugeteilt. Ueber dieses Thema kann man verschiedener Meinung sein. Es heisst, dass die betreffenden Mieter die Miete nicht zahlen wollen, trotzdem sie noch im Arbeitsverhältnis sind. Man muss daran zweifeln, dass Leute, welche tatsächlich Geld für Miete haben, sich so ohne weiteres auf die Strasse setzen lassen. Es wird wohl schon seine Richtigkeit haben, wenn die von der Exmilitierung Betroffenen erklären, dass sie auf Grund der Feierschichten und Turnusurlaub zumindestens genau so mittellos dastehen, wie die Arbeitslosen. Zu diesen schwerwiegenden Massnahmen sollte darum der Magistrat erst nach gründlicher Prüfung jedes Einzelfalles greifen, um Ungerechtigkeiten zu vermeiden.

ROTER SPORT

Hohe Handballergebnisse. — T. U. R. Lodz Korb- u. Netzballmeister der Männer.

Freie Turner Königshütte — ATV Siemianowitz 10:7 (4:4).

Einen unerwarteten und dafür umso wertvolleren Sieg konnten die Königshütter Arbeitersportler an sich bringen. Nachdem bis zur Pause die Laurahütter leicht überlegen waren, fanden sich die Freien Turner dann besser zusammen und erzielten noch 6 Treffer, denen die Gäste nur 3 entgegenzusetzen konnten.

Auch die 2. Mannschaft der Königshütter gewann hoch und sicher 8:2.

Freie Turner Kattowitz — ATV Kattowitz 7:10 (2:9)

Wenn die Deckung der Freien Turner in der 1. Hälfte nur etwas härter und systematischer gearbeitet hätte, dann wäre es anders gekommen. Im weiteren Spielverlauf waren die Arbeitersportler erfolgreicher als der Gegner, denn sie erzielten bei besseren Leistungen im Feld noch 5 Tore, wohingegen ATV nur noch 1 mal einsenden konnte. — Schiedsrichter Nawrath (Jugendbund Laurahütte) sehr gut. Es erfolgten 3 Herausstellungen, davon 2 bei ATV. Bei den Arbeitersportlern fehlten Bergmann, Lippik und Palenga.

Eine Blamage erlebte der ATV beim Spiel der 2. Mannschaften durch die von ihm gestellten Schiedsrichter Hoffmann und Janus. Beide ergingen sich in ordinären Beschimpfungen der gegnerischen Gastmannschaft, woraufhin der Spielführer der Freien Turner das Spiel beim Stande von 2:2 in der 2. Hälfte abbrach.

Gegen eine körperlich weitaus überlegenere Jugendmannschaft verloren die Kleinsten der Freien Turner ehrenvoll 4:3, nachdem sie 1:3 in Führung lagen.

FUSSBALLERGEBNISSE.

Bei der Platzeröffnung des RKS „Wolność“ in Zalenzerhalde wirkten mehrere Fussballmannschaften mit, die folgende Ergebnisse erzielten:

RKS „Wolność“ Zalenzerhalde — I. RKS Kattowitz 5:2

RKS Bismarckhütte — RKS „Jedność“ Zalenza 5:2. (!)

RKS „Przyszłość“ Dąb — RKS „Napród“ Eintrachthütte 2. Gar. 5:1.

RKS TUR Schoppinitz — RKS „Napród“ Eintrachthütte 1. Gar. 1:1

Herausgeber: Deutsche Sozialistische Arbeiterpartei in Polen, Bezirk Oberschlesien, Katowice, Dworcowa 11. — Schriftleitung: Johann Kowoll; für den Inhalt und Inserate verantwortlich Theodor Rawa, beide in Katowice, Dworcowa 11. Druck: „Drukarnia Ludowa“, Spółdz. z odp. udz., Katowice

Bielitz, Biala und Umgebung

Das Einkommen der Werktätigen Eine Erhebung für Warschau

Nach Angaben des statistischen Amtes der Stadt Warschau wurde eine Aufstellung der Einkommen der Krankenkassenmitglieder aufgestellt. Diese Feststellung betrifft das Jahr 1931, da die entsprechenden Zahlen für 1932 noch nicht vorliegen. 50 Zloty und weniger verdienen monatlich 23 554 (9,6 Prozent) Personen, 51—75 Zloty — 67 471 (27,6 Prozent), 75—150 Zloty — 61 706 (25,2 Prozent), 150 bis 300 Zloty — 54 696 (22,3 Prozent), 301—500 Zloty — 23 186 (9,5 Prozent), 500 Zloty und mehr verdienen 14 306 Personen (5,8 Prozent).

Diese Statistik gibt ein Bild des niedrigen Einkommens der Bevölkerung. Die Einkommen der Leute, die bis 75 Zloty verdienen, lag über 30 Prozent. Fast 50 Prozent der Versicherten verdienen weniger als 150 Zloty. Nur 15—20 Prozent der Mitglieder verdienen bis 300 Zloty monatlich. Das sind ausschliesslich Löhne für Geistesarbeiter.

Die Arbeiterlöhne bewegen sich zwischen 50 und 150 Zloty. Der Einfluss der wirtschaftlichen Krise zeigte sich bereits im Jahre 1930. Die Krankenkassenmitglieder, die unter 150 Zloty verdienen machten 1929 52,1 Prozent aus, im Jahre 1931 62,4 Prozent. Die Gesamtzahl der Versicherten verringerte sich von 1929 bis 1931 um 9 Prozent (von 262 441 fiel sie bis 244 918). Gleichzeitig vergrösserte sich die Zahl derjenigen, die unter 150 Zloty verdienen, um fast 14 Prozent, und die Zahl derjenigen, die fast 150 Zloty verdienen, verringerte sich 1930 um genau 27 Prozent.

Dies sind statistische Angaben für Warschau. Die Einkommen der Werktätigen in der Wojewodschaft Schlesien sind bedeutend niedriger. Hätten wir die Zahlen, so würde erst das ganze Elend zum Ausdruck kommen, unter dem die breiten Massen zu leiden haben.

Gipfel der Ausbeutung

Wie gewissenlos und unverschämt manche Industrielle die gegenwärtige Arbeitslosigkeit für sich ausnützen, beweist folgender Vorfall: Ein in unseren Schwesterstädten und darüber weit hinaus bekannter Grossindustrieller benötigte auf einige Zeit einen Aushilfs-Chauffeur. Nachdem das Angebot die Nachfrage weit übersteigt, glaubt dieser noble Grossindustrielle seinem Prinzip treu bleiben zu müssen und daher aus der günstigen Konjunktur am Arbeitsmarkt den grösstmöglichen Nutzen zu ziehen. Er bietet diesem Chauffeur für eine 15 stündige tägliche Arbeitszeit den horrenden Wochenlohn von sage und schreibe zwanzig Zloty. So schätzt ein vielfacher Millionär die Arbeit eines hochqualifizierten Arbeiters ein, der für die Gesundheit und das Leben der Autoinsassen persönlich verantwortlich ist. Kann sich denn ein Chauffeur, auch wenn er alleinstehend ist, für 20 Zl. in der Woche sattessen? Diesen Betrag wird dieser Industrielle täglich für Zigarren oder Zigaretten für sich benötigen! Ein Chauffeur muss doch gute und starke Nerven haben. Ist aber der Mensch unterernährt, dann können die Nerven unmöglich intakt sein! Bei einem Stundenlohn von 20 Groschen kann aber von einem Sattessen unmöglich die Rede sein! Es ist aber schon vom moralischen Standpunkt allein eine Unverschämtheit, ein solch lächerliches Trinkgeld einem Menschen als Wochenlohn anzubieten, dem man seine eigene Gesundheit ja sogar das Leben anvertraut!

Handballmeisterschafts-Spiele

Am Samstag, den 12. August spielten „Sila“ Bielsko gegen Verein Jugendlicher Arbeiter Alexanderfeld. Das Spiel endete 6:1 für Alexanderfeld. Alexanderfeld hat demnach den Bezirksmeistertitel errungen.

Am Sonntag, den 13. August, spielte VJA Alexanderfeld gegen evang. Jugendbund Siemianowitz. Trotz der grössten Anstrengung der Siemianowitzer mussten dieselben eine Niederlage einstecken.

Wem gehört die Uhr? Ein Mitglied der Naturfreunde fand in Brenna bei Lazar neben dem Statuette eine Taschenuhr. Dieselbe kann der Verlustträger in der Redaktion der „Volksstimme“ abholen.

Ausflugskarten auf der Eisenbahn sind billiger geworden. Die Ausflugsbillets, welche von Bielitz nach Zwardon, Weichsel, Teschen und die umliegenden Stationen ausgegeben wurden und bis jetzt Zl. 4,10 kosteten, kosten jetzt Zl. 3,30. Für die Touristen und Ausflügler bedeutet dies eine kleine Ermässigung ihrer Spesen.

Verbilligung des Brotes. Der Magistrat der Stadt Bielsko bringt zur allgemeinen Kenntnis, dass in den Bäckereien und Geschäften im Stadtgebiete Bielsko vom 18. 8. 1933 nachstehende Brotpreise Geltung haben:

1 kg. Kornbrot 65% — — 33 gr

1 kg. Schwarzbrot — — 30 gr

Uebertretungen obiger Preise unterliegen im Sinne der Art. 4 u. 5 der Verordnung des Präsidiums vom 31. 8. 1926 Dz. U. R. P. Nr. 91 polz. 527 der Bestrafung.